

oö Informiert

Nr. 2, 2020

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



Gestärkt aus der Krise hervorgehen!

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Mehr dazu auf Seite 3

Corona:

**Österreich
entfesseln**

Seite 4

Wohnbau:

**Neue
Offensive**

Seite 7

Corona:

**Wohnkosten-
hilfe**

Seite 11



Unternehmerische Freiheit für Österreichs Wirte!

Eines steht fest: Die Hilfspakete der türkis-grünen Regierung für die Unternehmen sind in sehr vielen Fällen gescheitert, das „Wirtepaket“ bringt nicht die nötige und erhoffte Entlastung. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit Österreichs Wirte wirtschaftlich überleben und die an ihnen hängenden Existenzen gesichert werden können. Das Rezept hierzu: Gebt den Wirten ihre unternehmerische Freiheit zurück!

Schleppende Abwicklung der Kurzarbeit, unklare Förderrichtlinien, eine völlig unverständliche Einbindung der WKO und die Abkehr vom Epidemiegesetz. Für die betroffenen Unternehmen hat das oftmals katastrophale Folgen. Das ‚Wirtepaket‘ bringt nicht die von der Regierung vorgerechnete Entlastung. Weder der erhöhte Verwaltungsaufwand für die Umstellung der Buchhaltung, die Registrierkassen noch die erhöhten Sozialversicherungsabgaben wurden berücksichtigt. Der Obmann der Freiheitlichen Wirtschaft Oberösterreich, Michael Fürtbauer, selbst Gastwirt, sagt dazu: „Ich traue mich wetten, dass bald jeder Un-

ternehmer einen Unternehmer kennt, bei dem die Förderung weniger ausmacht als die Honorarnote seines Steuerberaters.“

Rauchverbot in Gastronomie aufheben

FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fordert daher, die Gastronomie zu entfesseln. Die Umsatzeinbußen infolge des Rauchverbots in der Gastronomie stellen z.B. eine völlig unnötige zusätzliche Belastung für die Wirte dar, die leicht zu korrigieren wäre. „Das allgemeine Rauchverbot in der Gastronomie soll zurückgenommen werden, um diese Betriebe

wieder zu beleben“, liegen aus Sicht von Haimbuchner hier sowohl die unternehmerische Freiheit als auch die Entscheidungsfreiheit erwachsener Menschen vor. Die entsprechenden Gemeinden sollten zunächst die Gastgartengebühren aussetzen und die Ausdehnung von Gastgärten ermöglichen.

Nachdem sich viele Angestellte in Gastrobetrieben über Atemprobleme und Kreislaufbeschwerden infolge der Maskenpflicht beklagt haben, sollte auch hier eine Kurskorrektur vorgenommen und die Maskenpflicht für Kellner und Angestellte beendet werden.

Landeshauptmann-Stv. Dr. **Manfred Haimbuchner**

FPÖ

**Die Freiheitlichen
Oberösterreich**



Medizinisches Personal:

Unterstützung muss über Dank hinausgehen

Zwar haben sich die Corona-Infektionszahlen positiv entwickelt, die Gefahr einer zweiten Welle bleibt laut Experten jedoch bestehen. FPÖ-Landesparteibmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Gesundheitsstadtrat Dr. Michael Raml fordern daher umfassende Unterstützung für das medizinische Personal.

Es sei, so Haimbuchner, „eine Illusion, dass sich die aktuelle Gesundheitskrise schon dem Ende nähert. Immerhin warnen Experten vor einer zweiten Infektionswelle.“ Logische Konsequenz daraus: Der Schutz des medizinischen Personals muss eine Top-Priorität einnehmen. Dazu gehören nicht zuletzt flächendeckende und regelmäßige Tests bei medizinischem Personal, um sicherzustellen, dass diejenigen geschützt sind, die uns schützen.

Anliegen der Ärzte ernst nehmen

„Ärzte sind das Schwert und der Schild im Kampf gegen das Virus. Ihre Arbeit ist oft selbstlos, gefährlich und unersetzbar.“ Den anerkennenden Worten und den Danksagungen für die Arbeit des medizinischen Personals müssen auch



konkrete Maßnahmen folgen. Die wirtschaftliche Existenz der niedergelassenen Ärzte muss gesichert werden.

„Wir brauchen entsprechende Prämienszahlungen auch für die Ordinationsteams im niedergelassenen Bereich“, fordern Haimbuchner und Raml.

Die Corona-Krise deckt schlagartig Schwachstellen und überholte Denkweisen in unserem Land auf. Wir müssen aus der Krise grundsätzliche Lehren ziehen – dann hat das Land sogar die Chance, über sich hinauszuwachsen.

Während die USA, Russland, China und andere globale Akteure bereits daran arbeiten, wie die Wirtschafts- und Währungsordnung nach der Krise aussehen soll, verliert sich Österreich im regulatorischen Klein-Klein. Es muss daher jetzt das „Big Picture“ im Vordergrund stehen. Tage-, wenn nicht sogar wochenlang diskutierte man in Österreich, ob der Neusiedlersee gesperrt oder die Bundesgärten geöffnet werden. Sinnvoller wäre es, das Hauptaugenmerk auf wirtschaftspolitische und geostrategische Punkte zu legen. Immerhin hat die Krise die Abhängigkeit Österreichs von globalen Lieferketten schmerzhaft aufgezeigt, vor allem was systemrelevante Waren betrifft. Eine stärkere industrielle Autarkie des Landes kann hier Abhilfe schaffen

und Österreich für kommende Krisen resilienter machen.

Experten stärker einbinden

Lehre aus der Krise ist auch, die Meinung von Experten im politischen Diskurs stärker einzubinden. Das Bundesheer publizierte viele Jahre Positionspapiere und Risikoabschätzungen, warnte genau vor solchen Szenarien, ist aber in der Bundespolitik auf taube Ohren gestoßen.

Gestärkt aus der Krise hervorgehen!

Viele Verantwortliche in Politik & Medien denken Österreich immer noch in den Schranken und Strukturen der 80er- und 90er- Jahre des letzten Jahrhunderts. Diese Zeit ist lang vorbei und wir müssen unseren Teil dazu beitragen, um unser Europa und auch die Welt nach Corona aktiv mitzugestalten. Damit das gelingt, brauchen wir ein starkes und selbstbewusstes Land, das auch bereit ist, über sich hinauszuwachsen.



Neustart mit richtigen Weichenstellungen

„Die große Gesundheitskrise konnte dank der Disziplin der Österreicher abgewendet werden. Aber das hat auch einen hohen Preis gekostet: Noch nie zuvor gab es in der Zweiten Republik so viele Menschen ohne Arbeit oder in Schulungsmaßnahmen. Wenn dieses Land die kommenden Wochen und Monate nicht nur überstehen, sondern kraftvoll zu alter Größe zurückfinden soll, müssen wir die Fesseln lösen, die die Krise und die Bundesregierung dem Land und seinen Menschen angelegt haben. Es wird Zeit, Österreich zu entfesseln“, betont FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Zahlreiche Betriebe, vor allem klein- und mittelständische Unternehmen aus der Gastronomie, im Tourismus, im Einzelhandel oder im Handwerk wissen nicht, wie sie all die Rechnungen, Löhne, Gehälter, Steuern und Abgaben bezahlen sollen, die sich anhäufen, während die Umsätze ausbleiben und das AMS für die Lohnkosten erst drei Monate später aufkommt. „Es ist daher nun an der Zeit, die Unternehmen, ihre Angestellten und Arbeiter sowie deren Familien abzusichern“, fordert Haimbuchner.

■ Regierungsmythos entzaubern

„Bei genauerem Blick muss das Krisenmanagement der türkis-grünen Regierung

mit ‚mangelhaft‘ benotet werden“, nennt der FPÖ-Landeschef konkrete Versäumnisse: Die viel zu späte Schließung der Grenzen, das Chaos rund um die Reaktivierung von Asylquartieren in der Steiermark und in Oberösterreich. „Oder Anschobers Verordnungswirrwarr, das Chaos um die Schulöffnungen, die fehlenden flächendeckenden Testungen und die Almosen aus dem Härtefallfonds, für deren Erhalt sich Unternehmer vor der Wirtschaftskammer bildlich gesprochen bis auf ihre Unterhosen ausziehen mussten.“ Das entzaubere das Selbstbild der Bundesregierung. „Es wurde vielmehr dafür gesorgt, dass die parteinahen Strukturen wie die Wirtschaftskammer

zu den Corona-Krisengewinnlern zählen.“

■ Klare Forderungen

Statt es der türkis-grünen Bundesregierung gleich zu tun und die Zeit in der Krise mit PR-Inszenierungen zu vergeuden, haben die Freiheitlichen an Sachpolitik und Lösungen gearbeitet. „Wir werden klare Forderungen an die Bundesregierung stellen, die die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft ermöglichen. Es ist nötig, den Menschen die Last von den Schultern zu nehmen. Die neuen Steuerphantasien der Bundesregierung würden das Gegenteil bewirken.“ Betriebe sollten in ihrer unternehmerischen Freiheit bestärkt werden. Einige Instrumente hierfür nannte Haimbuchner sogleich: Bessere Abschreibungsmöglichkeiten durch verkürzte „betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern“ und deutliche Anhebung des Grenzbetrags der sogenannten „geringwertigen Wirtschaftsgüter“. Aber auch die Pendlerpauschale dürfe nicht angerührt werden.

FPÖ



**Österreich
entfesseln**



Konzept gegen langjährige Integrationsversäumnisse

Aufgrund fehlender sprachlicher oder beruflicher Integration wurden in den vergangenen zwei Jahren rund 2.240 Ansuchen auf Wohnbeihilfe abgelehnt. Die FPÖ hat daher einen Antrag an Landesrat Kainerder (Grüne) veranlasst, der nun ein passgenaues Integrationskonzept erarbeiten muss. Abgezielt werden soll dabei auf jene Personen, welche die Mindestanforderungen der sprachlichen oder beruflichen Integration trotz langjährigem Aufenthalts in Österreich nicht erfüllen.

„Die Zahlen machen deutlich, dass die Integrationsversäumnisse der vergangenen Jahrzehnte nach wie vor nicht beseitigt sind. Der Großteil der abgelehnten Personen lebt bereits seit Jahren in Österreich und ist nicht einmal ansatzweise integriert“, zeigt FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr anhand von Zahlen des Wohnbauförderungsressorts auf. „Es gibt langjährige Versäumnisse im Zuständigkeitsbereich der Grünen in Oberösterreich.“

Mit der Novelle der Wohnbeihilfe Anfang 2018 hat die FPÖ ein Durchschummeln bei der Integration in Oberösterreich er-

schwert. Seitdem ist eine ausreichende Integration Voraussetzung für den Erhalt der Wohnbeihilfe. Dadurch wird nun ersichtlich, wie krass die Versäumnisse zum Teil tatsächlich sind.

„Ausreichende Deutschkenntnisse sind das Fundament für ein Leben in unserem Land. Wer eine öffentliche Leistung erhalten will, hat sich zu integrieren. Das haben wir im Integrationsleitbild un-

missverständlich festgeschrieben. Unser Antrag sieht nun aufbauend darauf eine Schwerpunktbildung für jene Personen vor, die schon jahrzehntelang in unserem Land leben, aber weder sprachlich noch beruflich ausreichend qualifiziert sind“, sagt Mahr. „Landesrat Kainerder muss sich rasch den Baustellen im Integrationsbereich annehmen, die er von seinem Vorgänger Anschöber übernommen hat.“



Klubobmann Ing. Herwig Mahr

Sicher schlafen dank Rauch(warn)melder

Etwa die Hälfte aller Brände entsteht in privaten Haushalten. Alleine in Oberösterreich ergeben sich daraus mehr als 500 Gründe pro Jahr, um auf die lebensrettende Funktion von Rauchwarnmeldern hinzuweisen. „Denn etwa 90 Prozent aller Brandtoten fallen nicht den Flammen, sondern den Rauchgasen bzw. dem Brandrauch zum Opfer“, erklärt Sicherheits-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger.

Und genau vor dem Brandrauch warnen Rauchwarnmelder – frühzeitig, verlässlich und mit einem schrillen

Alarmton. Schätzungen und Beobachtungen der Brandschutzexperten zufolge sind jedoch erst 15 bis 20

Prozent aller Haushalte mit mindestens einem funktionierenden und richtig montierten Rauchwarnmelder ausgestattet.

„Wir haben uns daher gemeinsam mit der Brandverhütungsstelle für OÖ zum Ziel gesetzt, die Sicherheit der heimischen Haushalte aus brandschutztechnischer Sicht noch weiter zu erhöhen und die Durchdringungsrate mit Rauchwarnmeldern deutlich zu steigern. Um der Bevölkerung die Wichtigkeit von Rauchwarnmeldern noch mehr vor Augen zu führen haben wir die Medienkampagne „Sicher schlafen dank Rauchmelder“ gestartet, welche neben Inseraten und Plakaten auch Radiospots sowie Kino- und Fernsehspots beinhaltet. Ziel der Kampagne war und ist eine Sensibilisierung innerhalb der Bevölkerung für diese Thematik. Wir wollen damit aufzeigen, wie wertvoll das Anbringen von Rauchwarnmeldern ist“, so Klinger abschließend.



Landesrat Ing. Wolfgang Klinger

Familienlastenausgleichsfonds gegenfinanzieren:

Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld valorisieren

Foto: Land OÖ



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

Höchst an der Zeit ist eine Valorisierung der Familienbeihilfe und des Kinderbetreuungsgeldes. „Dafür auch überfällig sind Maßnahmen zur Gegenfinanzierung im Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der seit den 50er Jahren besteht“, so FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. und Familienreferent Dr. Manfred Haimbuchner.

Von Beginn an wird aus diesem Fonds die Familienbeihilfe bezahlt, ebenso zählt das Kinderbetreuungsgeld zu den Kernleistungen. Im Laufe der Jahre wurden aus dem FLAF noch weitere Leistungen wie Schülerfreifahrt, Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, Unterhaltsvorschuss etc. finanziert.

Der FLAF wird zu 84 % aus Dienstgeberbeiträgen gespeist. Diese Beiträge wurden in den letzten Jahren von ursprünglich 6 % sukzessive auf nunmehr 3,8 % gesenkt. Die Ausgaben steigen laufend an, die Einnahmen werden immer weniger. Das führt

nun dazu, dass der FLAF seit dem Jahr 2003 Defizite verzeichnet und der Reservefonds, der eigentlich das „Sparkonto“ des FLAFs sein soll, mittlerweile mit Ende 2019 den höchsten Schuldenstand von über 3 Milliarden (!) Euro aufweist.

„Die Einnahmen zum FLAF sind abhängig von der Entwicklung der Beschäftigung, den Löhnen und der Konjunktur. Die aktuell extrem hohe Arbeitslosigkeit und

Kurzarbeit aufgrund der Corona-Pandemie führen nun auch dazu, dass im FLAF wichtige Einnahmen fehlen und damit Geld, das Familien vorenthalten

wird,“ zeigt sich Haimbuchner besorgt. „Es braucht endlich Gegenfinanzierungsmaßnahmen! Deshalb fordere ich, dass der FLAF wieder auf die ursprünglichen Kernleistungen beschränkt wird und Quersubventionierungen von Bereichen, die in die Zuständigkeit anderer Ressorts fallen, beendet werden. Damit soll sichergestellt werden, dass künftig eine Ausweitung der Familienbeihilfe und des Kinderbetreuungsgeldes beispielsweise durch eine jährliche Valorisierung möglich wird. Denn es braucht Gerechtigkeit für jene, die in die Zukunft der Gesellschaft investieren, die Kinder bekommen und damit den Generationenvertrag erfüllen!“

**Sanierungsoffensive
gegen Zersiedelung
und Flächenfraß**

Altbewährt zu neuem Wert.

Sanierung spart Bauland und verhindert die Verödung von Ortskernen. Wer die Ressourcen unseres Landes schont, soll dafür auch belohnt werden. Mit den neuen Sanierungsverordnungen des Landes Oberösterreich schaffen wir attraktive Förderungen für die Nachverdichtung und den Kampf gegen Zersiedelung und Flächenfraß. Informationen finden Sie unter www.wohneffland.at

www.wohneffland.at

Offensive gegen Zersiedelung und Flächenfraß – und für die Wirtschaft

Was die Sanierung angeht, ist Oberösterreich seit Jahren Spitzenreiter. Dabei geht es vor allem darum, Wohnraum ressourcenschonend zu schaffen und zu erhalten.

Sanierungsverordnungen wird der Effekt für die Wirtschaft noch größer ausfallen.

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner möchte als Wohnbaureferent diesen Trend noch verstärken und ganz gezielt gegen Zersiedelung und Bodenversiegelung angehen. Deshalb wurden die Sanierungsverordnungen umfas-

send überarbeitet. Die neue Verordnung schafft Anreize zur Nachverdichtung und sinnvoller Nachnutzung verbauter Liegenschaften. Anstatt der bisherigen Sanierungsstufen bringt das neue Modell attraktive Pauschalbeträge und Boni für Sanierungsmaßnahmen. All das trägt auch zur Revitalisierung von Ortskernen bei.

■ Sanierungsmaßnahmen stärken die Wirtschaft

Neben dem enorm wichtigen ökologischen Aspekt treten auch wirtschaftliche Effekte. So hat die FGW-Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen nachgewiesen, dass durch ein Fördervolumen von 1 Million Euro etwa 40 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden. Umgelegt auf das durchschnittliche Fördervolumen der letzten Jahre bedeutet das für Oberösterreich die Sicherung von rund 6.700 Arbeitsplätzen pro Jahr. Mit den neuen, verbesserten

„**Mittels dieser Sanierungsoffensive setzt Oberösterreich ein weiteres Mal einen Meilenstein in der Wohnbaupolitik.**“

Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

„Neben all diesen Punkten forcieren wir auch die Sanierung auf das kosten- und energieoptimale Niveau, also kein Dämmen um des Dämmen Willens. Mittels dieser Sanierungsoffensive setzt Oberösterreich ein weiteres Mal einen Meilenstein in der Wohnbaupolitik. Gerade jetzt, wo wir unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen müssen, braucht es attraktive Modelle, um Sanierungen zu forcieren. So stärken wir den Wirtschaftsstandort, sichern Arbeitsplätze und leisten zugleich einen Beitrag zum Klimaschutz“, zeigt sich Haimbuchner erfreut.

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Skandal in SPÖ-Ressort

Der eng mit der SPÖ verwobene Linzer Sozialverein B37 hat nach jetzigem Kenntnisstand über viele Jahre Mindestsicherung an Klienten ohne Bescheide ausbezahlt. Allein dem Land und somit dem Steuerzahler ist damit ein Schaden von über 900.000 Euro entstanden. Möglich wurde dies durch unzureichende Kontrolle im Magistrat und dem Ressort von SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer.



SPÖ-Landesrätin Gerstorfer (Fotomontage)

Die Wahrheit kommt manchmal nur scheinbar ans Licht: Bislang ist bekannt, dass der Linzer Sozialverein B37 von 2012 bis 2019 an 864 Klienten Sozialhilfe ausbezahlt haben soll, ohne dafür notwendige Bescheide zu erstellen. Über die von Landesrätin Birgit Gerstorfer verantwortete Sozialabteilung des Landes Oberösterreich sind diese Leistungen dennoch abgerechnet worden. Zunächst versuchte die rote Soziallandesrätin diesen Vorgang noch zu legitimieren, in dem sie beim Landesrechnungshof ein Gutachten in Auftrag gab, welches prüfen sollte, inwiefern die Gewährung von Sozialleistungen auch ohne Bescheid möglich sei. Gleichzeitig war das Land OÖ nach einer Sachverhaltsdarstellung gezwungen, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einzubringen, da entsprechende strafrechtliche Verdachtsmomente vorlagen.

Die Prüfung der Staatsanwaltschaft ist noch nicht abgeschlossen. „Entweder sie hat die rechtliche Relevanz der Situation nicht erkannt oder sie hat versucht, die Sache unter den Teppich zu kehren. Beides wäre höchst bedenklich und verantwortungslos gegenüber dem Steuerzahler“, kritisierte FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr schon zu einem frühen Zeitpunkt.

Von Null auf 900.000 Euro Schaden

Zunächst gab Gerstorfer 2019 vor, es sei für den Steuerzahler kein Schaden entstanden, dann hieß es im April 2020, der

Schaden belaufe sich auf 205.973 Euro. Mittlerweile hat sich einem Bericht zufolge die Schadenssumme auf 903.011,64 Euro fast verfünffacht! Das Land OÖ hat sich als Privatbeteiligter beim Strafverfahren mit dieser Summe angeschlossen.

„Um künftig Schaden vom Steuerzahler abzuwenden, muss die Sozialabteilung dringend reformiert werden.“

Ing. Herwig Mahr
Klubobmann

Der Skandal hinter dieser Causa: Weder dem Linzer Magistrat als zuständige Verfahrensbehörde noch der Sozialabteilung als Kontroll- und Oberbehörde will diese unzulässige Vergabepaxis aufgefallen sein. Der Geschäftsführer des Vereins B37 bestätigte sogar, dass diese rechtswidrige Vorgehensweise nicht nur im Überprüfungszeitraum 2012 bis 2019, sondern über 25 Jahre hinweg gängige und auch tolerierte Praxis war. Auf Nachfrage der APA hieß es aus dem Büro Gerstorfer lapidar, dass die Berechnung komplex sei und man sich „einfach verrechnet“ habe – und das über Jahre! „Um künftig Schaden vom Steuerzahler abzuwenden, muss die Sozialabteilung dringend reformiert werden. Mehr Effizienz und Kontrolle sind hier längst notwendig“, mahnt Mahr ein.

Klubobmann
Ing. Herwig Mahr



580-Mio.-Hilfspaket für Oberösterreichs Wirtschaft

Unterstützung für Menschen und Betriebe: Zur Bekämpfung der Corona-Krise schnürte die Landesregierung im April das umfassendste Hilfspaket seit dem Zweiten Weltkrieg. FPÖ-Landesparteiohmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ist entschlossen: „Wir kämpfen um jeden Betrieb und um jeden Arbeitsplatz in Oberösterreich.“ Dafür sei aber künftig auch das Patriotismusprinzip notwendig.

Oberösterreich sei als Wirtschaftsstandort von der Corona-Krise besonders betroffen. Es gelte nun, Unternehmen sowie Arbeitsplätze zu schützen. „Wir müssen den Menschen soziale Sicherheit garantieren“, so Haimbuchner.

Großbetrieben sei es mit der Kurzarbeit möglich, Arbeitsplätze zu erhalten. „Um

den Mittelstand, also die EPU und KMUs abzusichern, braucht es vor allem bares Geld, nicht nur staatliche Garantien“, gibt Haimbuchner bekannt, dass für weitere Maßnahmen eine halbe Milliarde Euro in Oberösterreich zur Verfügung gestellt werden. Neben den Unternehmen und Arbeitnehmern sollen hiervon auch die Bereiche Wohnen, Gesundheit,

Soziales und Bildung sowie Vereine profitieren. „Die sparsame Budgetpolitik der letzten Jahre macht das möglich“, sieht der FP-Landeschef „die Notwendigkeit, sich künftig an das Patriotismusprinzip zu halten. Das heißt: Heimische Betriebe sollen bei Aufträgen aus Steuermitteln oder bei staatlichen Förderungen bevorzugt werden.“

ÖGK verprellt niedergelassene Ärzte

Statt die vollen Kosten der Krise zu tragen, hat die Österreichische Gesundheitskasse Mitte Mai angekündigt, angesichts der Corona-Krise lediglich 80 Prozent der Vorjahreseinnahmen als rückzahlbares Darlehen auszugeben. FPÖ-Landesparteiohmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner übte daran schwere Kritik.

Es sei sehr wahrscheinlich, dass auf die Corona-Gesundheitskrise die größte Wirtschaftskrise der Zweiten Republik folgen werde. Ärzte waren federführend an der Bewältigung der Gesundheitskrise beteiligt, haben die

medizinische Grundversorgung in ihren geöffneten Ordinationen aufrechterhalten, damit die Krankenhäuser entlastet und die Notfallversorgung gewährleistet werden konnte.



Nun die laufenden Kosten für diesen Dienst an der Gesellschaft nicht zu übernehmen, würde für viele Ärzte zudem eine enorme wirtschaftliche Belastung bedeuten. „Jetzt bei denen zu sparen, die für uns an vorderster Front gegen das Virus kämpfen und unser Gesundheitssystem am Leben erhalten, ist der völlig falsche Weg“, kritisiert Haimbuchner daher.

Im Sinne einer stabilen Versorgungssicherheit kann es sich Österreich nicht leisten, neben Rekordarbeitslosigkeit und der bevorstehenden Insolvenzelle nun auch die Ärzteschaft in Not zu bringen.





Trinkwasser:

Oberösterreich ist gut aufgestellt



Landesrat Ing. Wolfgang Klinger

Viele Menschen in Oberösterreich sehen einer gesicherten Wasserversorgung aufgrund der immer wieder auftretenden niederschlagsarmen Perioden skeptisch entgegen. Trotz dieser niederschlagsarmen Perioden besteht jedoch kein Grund zur Sorge, denn hinter unseren Grundwasserständen stehen mächtige Grundwasserkörper mit teilweise 20-30 Metern. Auch gibt es nach wie vor Monate, in denen vergleichsweise viele Niederschläge zu verzeichnen sind, was auf den Jahresschnitt betrachtet annähernd zu einem Ausgleich der Niederschläge führt.

„In den letzten Jahren hat sich auch das Nutzverhalten der Bevölkerung massiv verändert. Um auf dieses Nutzverhalten vorbereitet zu sein, wurde zur Erleichterung der Errichtung von Gemeinschaftsanlagen und zur Entlastung der Hausbrunnennutzer vor einiger Zeit der „Sondertopf Trockenheit“ eingerichtet, dessen Fördermöglichkeiten sich als Riesenerfolg herausgestellt haben. Mit diesem Sonderförderprogramm konnte schon unzähligen Bürgern zu Trinkwasser in hochwertiger Qualität verholfen werden“, erklärt Wasser-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger.

Der Fördertopf steht von Seiten des Landes OÖ zur Verfügung, um Maßnahmen

zu unterstützen, die gegen negative Auswirkungen von Trockenheit wirken. Dies soll in erster Linie den Auf- und Ausbau von gemeinsamen, wasserwirtschaftlich sinnvollen und zukunftssicheren Versorgungsstrukturen auf Grundlage der Landesstrategie „Zukunft Trinkwasser“ unterstützen.

Mittelfristige Verbesserung der Versorgungsstrukturen

Zur Verbesserung der Versorgungssicherheit ist die Entwicklung von zweiten Versorgungsstandbeinen als die Methode der Wahl für Wasserversorger zu empfehlen. „In den letzten Jahren wurde bei der Neugestaltung der Landes- und Bundesförderrichtlinie für Maßnahmen

„ Mit diesem Sonderförderprogramm konnte schon unzähligen Bürgern zu Trinkwasser in hochwertiger Qualität verholfen werden. “

Ing. Wolfgang Klinger
Landesrat

in der Siedlungswasserwirtschaft die Errichtung von zweiten Standbeinen als förderfähiger Titel aufgenommen. Auch ein Zusammenschluss bzw. eine fixe Notverbindung zu einem benachbarten Wasserversorger dient der Verbesserung der Versorgungssicherheit und ist förderfähig“, so Klinger.



Alle Informationen
zur Soforthilfe unter
www.wohnfühlland.at

Jetzt Corona-
Wohnkostenhilfe
beantragen!

Unsere Wohnkostenhilfe. Ihre Sicherheit.

Mit der Wohnkostenhilfe unterstützt das Land OÖ alle, die wegen coronabedingter Einkommensausfälle um ihr Zuhause fürchten müssen. Beantragen Sie jetzt die unbürokratische, schnelle und sichere Soforthilfe zur Unterstützung bei der Deckung Ihrer Mietkosten oder laufenden Kreditverpflichtungen.

www.wohnfühlland.at

Liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher!

Die Pandemie traf uns in vollem Umfang. Die Wirtschaft trifft es besonders hart und somit auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Kündigungen und Gehaltseinbußen stellen viele vor große Herausforderungen. In einer solchen Lage ist es die Verpflichtung des Staates, hier unterstützend einzugreifen und rasch, unbürokratisch und möglichst flächendeckend Abhilfe in Notsituationen zu leisten.

Die Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich nimmt diese Verantwortung sehr ernst. Niemand soll sich Sorgen machen müssen, ob er seine Miete bezahlen kann, niemand wird das Dach über dem Kopf verlieren.

Als Erstmaßnahme wurde daher eine Wohnkostenhilfe für jene beschlossen, die aufgrund der Krise mit finanziellen Einbußen konfrontiert sind, weil sie angesichts der Situation gekündigt wurden, die Einkünfte massiv geschmälert wurden.

Wir stellen zu- nächst bis Ende Juni eine rasche und unbürokratische Unterstützung bei der Deckung der

Mietkosten, der Bedienung eines laufenden Kredites zur Finanzierung von Eigentumswohnungen und Eigenheimen oder deren Sanierung sicher.

Wohnbauförderungsdarlehen – vorerst zu verzichten.

Ich weiß, dass sehr viele von uns derzeit genug Sorgen haben; um ihre Angehörigen, um ihren Arbeitsplatz und um die Frage, wie es weitergeht. Wenn dann auch noch ein Mahnschreiben ins Haus flattert, das mit Mehrkosten verbunden ist, steigt der Druck, und das ist nicht notwendig!

Wir lassen Euch in Zeiten der Not nicht alleine mit Euren Sorgen und Ängsten, denn Ihr bringt tagtäglich Eure Leistung für unsere Heimat!

Dafür möchte ich mich herzlich bedanken und auch für die große Disziplin, die alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher in diesen Tagen und Wochen an den Tag legen. Gemeinsam stehen wir diese schwierigen Zeiten durch und gemeinsam schauen wir auf unser Oberösterreich.

„
Wir lassen Euch in Zeiten der Not nicht alleine mit Euren Sorgen und Ängsten, denn Ihr bringt tagtäglich Eure Leistung für unsere Heimat!“



Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Ebenso hat die Landesregierung beschlossen bei ausstehenden Zahlungen auf Mahnspe- sen, Verzugszinsen und Rückforderungen – insbesondere die Rückzahlung von



Immer mehr Landsleute steigen auf das Fahrrad um.

Radverkehr **nimmt durch Corona zu**

Immer einen Babyelefanten Abstand halten! Diese Forderung wäre im Öffentlichen Verkehr vor Corona wohl eine absolut utopische gewesen. Aktuell ist sie aber real. Nach einem Minus von 80 Prozent steigt die Anzahl der Fahrgäste sachte wieder. Offenbar steigen aber nunmehr mehr Landsleute aufs Fahrrad um.



Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner

Das zeigen die Ergebnisse der beiden Radzählstellen im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres. Allein auf dem Donauradweg Puchenu- Linz wa-

ren zum Vergleichsmonat 2019 plus 22 Prozent unterwegs, wobei Pandemiebedingt derzeit ja keine Radtouristen der Nachbarländer unterwegs sind. In den ersten Maiwochen hat sich das tägliche Radverkehrsaufkommen weiter gesteigert. Mit täglich 1.130 Fahrten waren das um über 70 % mehr als im Vorjahr. Auch auf der Steyreggerbrücke ist das durchschnittliche tägliche Radverkehrsaufkommen stark angestiegen. Mit 460 Fahrten pro Tag ist es doppelt so hoch als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Dieser Trend zum Rad macht sich auch im Handel bemerkbar, vor allem bei be- tagteren Jahrgängen ist das E-Bike auf der Überholspur. Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner sieht die Zunahme des Radverkehrs positiv.

Gleichzeitig sollen aber auch Präventivmaßnahmen gesetzt werden, um Radunfälle zu vermeiden. "Ich freue mich sehr über die weitere Zunahme des Radverkehrs. Schließlich wird dies neben der Förderung der Gesundheit auch letztendlich positive Auswirkungen im Hinblick auf die Verkehrssituation haben. Dennoch muss vermieden werden, dass die Corona-Infektionswelle durch eine andere Welle der schweren Radunfälle ersetzt wird", so Steinkellner, der hinzufügt: „Die Kombination aus hohen Geschwindigkeiten durch Tretunterstützung, schwererem Handling und höherer Verletzungsanfälligkeit bei einem gewissen Alter, birgt gewisse Risiken. Zur Minimierung dieses Risikos werden wir gezielte Maßnahmen für das Zielpublikum 60+ anbieten."



Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner

Kampfansage an Raser

Illegale Straßenrennen sind gerade im urbanen Raum eine große Gefahr. Durch die Vernetzung aller Kräfte brachte Verkehrs-Landesrat Günter Steinkellner jetzt einen gemeinsamen Aktionsplan auf den Tisch. Eines der Hauptanliegen: neue Gesetze zur nachhaltigen Vereitelung gefährlicher Straßenrennen.

Oberösterreichs Straßen werden von Rowdy-Gruppen immer öfter als Rennstrecken missbraucht. Ein groß angelegtes Autotreffen mit etwa 800 Fahrzeugen gipfelte kürzlich in zahlreichen illegalen Autorennen, die sich auf den gesamten oö. Zentralraum verteilten. Dies sorgte neben großen Lärmbelastungen besonders für massive Verletzungen der Verkehrssicherheit. Zu fassen sind die Straßenrowdys für die Polizei nur schwer. Wenn es zu Polizeieinsätzen kommt, warnt sich die Raser-Community über soziale Netzwerke gegenseitig und verlagert den Standort auf Ausweichtreffpunkte. So entsteht ein ‚Katz und Mausspiel‘ zwischen Ordnungshütern und den Bleifuß-Piloten.

■ „Drakonisches Strafmaß“ erforderlich

„Durch das fahrlässige Verhalten der Raser wird nicht nur die persönliche

Sicherheit gefährdet, sondern besonders jene der Allgemeinheit. Oft stehen im Zusammenhang mit illegalen Straßenrennen auch Drogen- und Alkoholkonsum, welche die Risikobereitschaft zusätzlich steigern. Für diese Art von eklatantem Rowdytum braucht es neben gezielten Vereitelungsmanövern auch ein drakonisches Strafmaß das dort ansetzt, wo es am meisten weh tut – nämlich der Abnahme des Fahrzeuges“, so Infrastruktur-Landesrat, Mag. Günther Steinkellner.

Gemeinsam mit Vertretern der Polizei, der Bezirkshauptmannschaft Linz-Land und der Oö. Verkehrsabteilung wurde auf Einladung von Steinkellner ein umfangreiches Maßnahmenbündel erarbeitet. Es seien auch gesetzliche Anpassungen notwendig. Steinkellner habe diesbezüglich auf politischer Ebene „zum Schutz der Bevölkerung“ die betroffenen Minis-

terien über den Nachschärfungsbedarf schriftlich informiert.



Veranstaltungen und Teilnahme an illegalen Straßenrennen sollen einen eigenen Straftatbestand darstellen.



Bei Geschwindigkeitsüberschreitungen von 70 km/h soll es eine Fahrzeugabnahme geben. Dies soll auch gelten, wenn die Fahrzeuge auf einen anderen Halter angemeldet sind.



Einschlägige Straftatbestände für Drogenlenker verschärfen und den Strafraum erhöhen.



Massive Geschwindigkeitsüberschreitungen als Vormerkdelikt können zusätzlich helfen, unbelehrbare Raser einzubremsen.

„Im Fokus der vorgebrachten Vorschläge steht klar die Bekämpfung von brandgefährlichen und illegalen Straßenrennen. Es muss entschlossen dagegen vorgegangen werden, dass völlig unschuldige Menschen zu potentiellen Opfern werden“, so Steinkellner.

Corona: „Zweiter Shut-Down nicht leistbar“

Im Mai öffneten die meisten Wirtschaftsbereiche wieder, mit Einschränkungen. „Es ist höchst an der Zeit, das wirtschaftliche Leben wieder hochzufahren“, ist für FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner „ein zweiter Shut-Down im Herbst, wenn die Corona-Fälle zeitgleich mit der Grippe wieder ansteigen könnten, unvorstellbar. Das können wir uns wirtschaftlich nicht leisten.“ Steigen etwa in Tirol die Corona-Infektionen, seien regional dort Maßnahmen zu treffen – und nicht auch in allen anderen Bundesländern.

Haimbuchner spart nicht mit Kritik an der Bundesregierung: „Erlässe und Verordnungen waren undurchschaubar, absurd, völlig unklar und sinnlos. Die Regierung hat zunächst zu spät – etwa bei den Grenzschießungen – reagiert. Und dann zu langsam die beschlossenen Maßnahmen wieder aufgehoben. Angesichts rückläufiger Infektionszahlen hätte man viel früher Maßnahmen lockern können.“ Trotz der täglichen Pressekonferenzen habe man die betroffenen Menschen und Betriebe lange im Unklaren gelas-

sen. Die Gastronomie etwa musste wochenlang auf eine klare, nachvollziehbare Verordnung zur Wiedereröffnung am 15. Mai warten.

Bei intensiven Polizeikontrollen während der Ausgangsbeschränkungen im März und April wurde aus Sicht des FPÖ-Landesparteiobmanns „grundsätzlich viel zu streng gestraft.“ Die einzelnen Polizisten hätten jedoch auf Anordnung des Innenministers gehandelt. Die

Regierung habe ganz klar „eine Kulisse der Angst“ geschaffen, um die Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten zu rechtfertigen. Manche Maßnahmen waren, so Haimbuchner, „ein Wahnsinn: Kann man sich noch mit Freunden treffen oder die Besuchsregeln für Eltern, die getrennt leben.“

— Österreich mit Entlastungen neu starten

Haimbuchner fordert zum Neustart Österreichs eine rasche Steuerentlastung von niedrigen Einkommensbeziehern. „Sie könnten mit zusätzlichem Einkommen die Wirtschaft ankurbeln.“ Nötig seien auch bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmer. Die Gastronomie und der Tourismus müssen aus Sicht des FPÖ-Obmanns speziell unterstützt werden, beide sind besonders von der Krise betroffen. „Das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden soll weiterhin beim Wirt als soziales Zentrum stattfinden, nicht nur in Vereinshäusern.“

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Datenschutz: „Wilder Westen“ Österreich

Während Unternehmen durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) strenge Auflagen erfüllen müssen, haben Ministerien und öffentliche Hand es versäumt, sich in diesem Zuge ihrer eigenen Datenbanken anzunehmen. Das wurde mit einem Datenskandal Anfang Mai ebenso deutlich wie ein österreichisches Paradoxon.

Es war vom größten Datenschutzskandal in der Geschichte der Zweiten Republik die Rede: Rund eine Million sensible Daten von österreichischen Bürgern sollen laut dem Datenschutzverein „epicenter.works“ im Umfeld von Wirtschafts- und Finanzministerium öffentlich einsehbar gewesen sein. Unter den Betroffenen finden sich auch zahlreiche Spitzenpolitiker des Landes. FPÖ-Landespartei-

obmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner bezeichnete die Vorgänge als völlig inakzeptabel: „Wir sind in Österreich in der paradoxen Lage, dass all jene Dinge, die aus guten Gründen geheim bleiben sollten, zuverlässig an die Öffentlichkeit gelangen. Gleichzeitig bleiben jene Dinge, die wirklich von öffentlichem Interesse wären unter Verschluss“, so Haimbuchner. Betroffene haben keinerlei offizielle Beschwerdemöglichkeit, auch eine Löschung aus dem Register ist derzeit nicht möglich. Zudem sei unklar, wer Zugriff auf geleakte Daten hatte.

Angefangen beim Datenskandal im Bundesamt für Ver-

fassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) bis hin zu den jüngsten Enthüllungen zeigt sich, dass in Österreichs Behörden offenbar eine systematische Sorglosigkeit im Umgang mit hochgradig sensiblen Daten herrscht. „Laut Expertenmeinungen hat es in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit gegeben, diese Missstände zu beheben. Die Ministerien und die öffentliche Hand haben sich aber im Zuge der DSGVO-Einführung ihrer eigenen Datenbanken nicht angenommen – dort befindet man sich datenschutztechnisch im Wilden Westen“, zeigt sich Haimbuchner empört.





Foto: Land OÖ

Öffi-Initiative:



Starkes Zeichen für Familien

„Wer eine starke Gesellschaft möchte, braucht starke Familien. Wir Freiheitliche haben daher nie einen Hehl daraus gemacht, dass es besonders notwendig ist, Familien besser zu unterstützen. Sie dürfen am Ende nicht diejenigen sein, die auch noch überall draufzahlen. Das Land Oberösterreich hat daher auf freiheitliche Initiative die Familienregelungen im öffentlichen Verkehr überarbeitet“, so Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner. Dabei wurde der Berechtigtenkreis ausgeweitet: Groß-, Stief-, Adoptiv- und Pflegeeltern sowie Kinderdorfmütter und -väter profitieren nun von den günstigeren Tarifen ebenso wie Elternteile, die alleine oder zu zweit mit ihren Kindern reisen. Die bisherige Regelung sah Ermäßigungen nur dann vor, wenn beide Elternteile gemeinsam mit ihren Kindern unterwegs waren. Das führte zu einer Benachteiligung von Alleinerziehenden.

FPÖ-Landesparteibobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner haben hier mit den beteiligten Anbietern eine gute Lösung erarbeitet, die nun auch alleinerziehende Mütter und Väter ausreichend berücksichtigt. Das war schon längst überfällig. Außerdem fahren Kinder unter 15 Jahren kostenlos, wenn sie von den oben genannten Personen begleitet werden. Darüber hinaus hört man, dass Anfang Juli ein spezielles Familienticket für Oberösterreich präsentiert werden soll. Darauf kann man schon gespannt sein! Diese Kombination an Maßnahmen bringt für unsere Familien eine spürbare Entlastung.

„Die Oberösterreichische Familienkarte

hat derzeit 1.700 Partner. Ein wichtiger Partner ist vor allem der Oberösterreichische Verkehrsverbund, da viele Ausflugsziele bequem mit Bahn oder Bus erreichbar sind. Die neue Tarifregelung ist besonders familienfreundlich, denn wenn selbst nur ein Elternteil mit den Kindern reist, erhalten sie ebenfalls eine deutlich spürbare Ermäßigung“, so Familienreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner ist erfreut darüber, dass nun auch allein reisende Elternteile mit ihren Kindern im Regionalverkehr wieder eine Ermäßigung bekommen: „Es war mir sehr wichtig, dass vor allem die alleinerziehenden Mütter und Väter keinen

Nachteil haben. Der Oberösterreichische Verkehrsverbund hat rasch reagiert und an sämtlichen Rädchen gedreht um Neujustierungen vorzunehmen. Mit der Ausweitung des Berechtigungskreises tragen wir auch den Herausforderungen in der heutigen Kindererziehung Rechnung. Wir hoffen, mit der angepassten Regelung die wichtigsten Kundenvorteile zu kombinieren, so Steinkellner abschließend.

Und noch einen Vorteil hat das Ganze: Mit den Vergünstigungen wird der öffentliche Verkehr attraktiver und damit der Individualverkehr reduziert. Das erspart am Ende nicht nur den Familien Geld, sondern schon auch unsere Umwelt.



JETZT HIER UNTERSCHREIBEN
ODER ONLINE AUF WWW.CORONAWAHNSINN.AT



Jetzt reicht's! - Allianz gegen den Corona-Wahnsinn

Die Bürger haben ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Planbarkeit ihres Lebens!

Daher fordern die Unterzeichner dieser Petition von der Bundesregierung die

Rückkehr zur echten Normalität

durch die Umsetzung folgender Maßnahmen:

Gesundheit – Gezielter Schutz für Risikogruppen und medizinisches Personal

- » Konsequenter Schutz der vom Coronavirus besonders gefährdeten Gruppen und volle Betreuung in allen Lebensbereichen – vom Arbeitsmarkt über medizinische Leistungen bis hin zur Lebensmittelversorgung
- » Sicherung der medizinischen Vollversorgung für alle Menschen in Österreich unabhängig von Corona
- » Effektiver Schutz des Personals in Gesundheitsberufen durch Schutzausrüstung – den Besuch von Angehörigen in Krankenhäusern und Pflegeheimen wieder möglich machen

Erwerbstätigkeit – Entschädigung für alle vom Arbeiter bis zum Unternehmer

- » Voller Ersatz der durch die Coronavirus-Epidemie verursachten Einbußen, wie im Epidemiegesetz ursprünglich vorgesehen
- » Sofortiger Stopp der Entschädigungsabwicklung durch die Wirtschaftskammer oder eine eigens gegründete schwarz-grüne GmbH ohne vernünftige Kontrolle
- » Bei Ersatz der durch die Epidemie verursachten Einbußen gleichzeitig Arbeitsplatzgarantie für die Arbeitnehmer
- » Sofortige Beendigung aller Betretungsverbote – Hochfahren der gesamten Wirtschaft inklusive aller Geschäfte, der Gastronomie und der Hotellerie
- » Keine generellen Veranstaltungsverbote, damit auch die Organisationen, Künstler sowie die österreichischen Vereine in den Bereichen Sport, Kultur und Brauchtum leben können

Familie und Bildung – Unterricht, Freizeit und private Absicherung

- » Rascher Übergang zum Regelbetrieb in Schulen und Universitäten zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen und zur Entlastung der Familien
- » Echte Unterstützung anstatt bloßer Stundungen von Mieten, Kreditraten, Versicherungsprämien udgl. bei privaten Härtefällen
- » Sofortige Aufhebung der Sperre von Sport- und Freizeitanlagen

Freiheit und Recht – Volle Achtung der Verfassung und der Grundrechte

- » Sofortige Rücknahme aller verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe und Verfall aller Anzeigen und Strafen, die auf Basis unklarer Rechtsvorschriften verhängt wurden
- » Aufhebung aller freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, insbesondere von Ausgangsbeschränkungen, Einschränkungen der Erwerbsfreiheit und der Reisefreiheit sowie des privaten Lebens
- » Auslaufen aller gesetzlichen Sonderermächtigungen für die Regierung bereits vor dem Sommer

Name	Adresse	Geb. Datum	Unterschrift

Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie die Petition „Jetzt reicht's! - Allianz gegen den Corona-Wahnsinn“ und stimmen zu, dass die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Petition verarbeitet werden.

Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular an:
Freiheitliche Partei Österreichs
Friedrich-Schmidt-Platz 4, 1080 Wien